

Er scheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 27 .: 28. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 3. Juli 1914

Inhalt: Berlin! — Der 9. Gewerkschafts-Kongress. — Die erste Generalversammlung der „Volkshilfsvereine“. — Sitzung der Schlichtungskommission der Willkürerleitenbranche. — Aus unserem Beruf. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Korrespondenzen. — Mündlich. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. — Versammlungsstatenber. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 5. bis 11. Juli ist der 28. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die Kollegen in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Berlin. Die Kofferfabriken Rimmermann u. Raerten, Berlin, Engelshofer 1 b, und Rudolf Rimmermann in Werder a. S. sind für alle Kofferarbeiter geperet.

Dresdan. In den Hofmann-Linke-Werken sind auch die Sattler ausgesperrt, weshalb wir vor Zugang warnen.

Autosattler! Die Arbeiter der Automobilfabriken Reutter in Stuttgart und Auer in Cannstatt befinden sich im Ausstand. Zugang von Sattlern ist streng fernzuhalten.

München. Hier streiken die Wagen-, Geschirrsattler und Sattelmacher. Zugang streng fernhalten.

Essen a. W. Die Arbeiter der Wagenfabrik Wehling stehen in einer Lohnbewegung. Zugang ist streng fernzuhalten!

Zwickau. Die Arbeiter der Lederwarenfabrik F. S. Kramer befinden sich in einer Lohnbewegung. Zugang von Portefeuillekern ist streng fernzuhalten.

Berlin.

1889 — 6. Juli — 1914.

Vor wenigen Wochen feierte unsere Organisation ihr fünfundsanzwanzigjähriges Bestehen. In Wort und Schrift wurde dieser Tag gebührend gefeiert und haben alle bisher veranstalteten Festlichkeiten einen erhabenden Verlauf genommen. Feierten wir in dem 25. April den eigentlichen Gründungstag des Verbandes, so ist der 6. Juli 1889 die Stunde, an der die organisatorischen Arbeiten begannen. Mit diesem Tage trat Berlin in den Mittelpunkt unserer Geschichte. Am genannten Tage fand die erste Versammlung der Berliner Kolle-

gen statt, welche sich in der Frage, ob Fachverein oder Zentralisation, zu entscheiden hatten.

Bei der dominierenden Stellung, welche die Großstadt Berlin im deutschen Erwerbsleben einnimmt, war es kein Wunder, daß auch der Puls der Arbeiterbewegung hier am heftigsten schlug. Schon in den sechziger Jahren stand Berlin in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund. Für unseren Beruf dieses um so mehr, weil schon seit den fünfziger Jahren sich gewisse Ansätze von Industrie hier bemerkbar machten. Bestand doch damals schon die lange an erster Stelle genannte Firma Dotti in der Neanderstraße. Um Wiederholungen zu vermeiden, verweisen wir an dieser Stelle nochmals auf unsere Jubiläumsschrift, um die bevorzugte Stellung von Berlin klar erkennen zu können. Die Gründung des Fachvereins in den achtziger Jahren, die Gründung der „Allgemeinen deutschen Sattler-Zeitung“ sowie der Gedanke eines zentralen Zusammenschlusses wurde immer von Berlin aus günstig beeinflusst.

Als aus Süddeutschland die Frage der Zentralisation der deutschen Sattler angeregt wurde, da waren es die Berliner Kollegen, welche in öffentlichen Versammlungen mit zuerst diese Materie prüften. Es war am 29. September 1888, wo in Gratweils Bierhallen in der Kommandantenstraße eine stark besuchte Versammlung über die zukünftige Organisation zu beraten hatte. Als Einberufer wird der Kollege Höfer genannt und als Referent der Kollege Giese, beide wohlbekannte Berliner Kollegen. Nach heftigem Hin und Wider folgte die Versammlung folgende Entschliebung:

„In Erwägung, daß eine gewerkschaftliche Vereinigung nur dann ihren wahren Zweck erfüllen kann, wenn sie die nationale Vereinigung aller vorhandenen Kräfte auf Grundlage streng durchgeführter Zentralisation erstrebt, beschließt die heutige, in Gratweils Bierhallen tagende öffentliche Versammlung der Sattler, Riemer, Täschner und Berufsgenossen Berlins und Umgegend, für Gründung eines nationalen Verbandes der deutschen Sattler und Fachgenossen auf Grundlage des § 152 der Deutschen Gewerbeordnung energisch einzutreten. In fernerer Erwägung, daß ein solcher Verband nur auf einem allgemeinen Kongress der deutschen Sattler ins Leben gerufen werden kann, beschließt die Versammlung ferner, eine Kommission zu ernennen, welche die leitenden Schritte hierzu zu veranlassen hat. Giese.“

In der darauf gewählten Kommission saßen die Kollegen Giese, Gaußner, Ahmann, Bombin und Krüger. Nach der Zusammenlegung dieser Kommission war von vornherein damit zu rechnen, daß es zu Differenzen kommen würde. Die Gegensätze in den Anschauungen über die Zweckmäßigkeit der Organisation waren so stark, daß die Minderheit,

welche Zentralisten waren, alle Mühe hatten, sich durchzusetzen. Auf dem Kongress in Dresden versuchten die Berliner Fachvereiner wiederum einen kräftigen Vorstoß, jedoch die Zentralisation siegte, der „Allgemeine deutsche Sattlerverein“ entstand. Kein Wunder, wenn die Kollegen Bombin und viele Angenante die verlorene Schlacht in Berlin wieder gewinnen wollten. Die Versammlung am 6. Juli war der geeignetste Boden dafür. Giese hatte die Versammlung nach der Oberwasserstraße in Sommers Salon einberufen. Bei Eintritt in die Tagesordnung hatten bereits 70 Kollegen ihren Beitritt zum neuen Verein angemeldet. Ausbesondere waren die Kollegen des Offiziersvereins, welcher damals noch in der Behrenstraße seinen Sitz hatte, fast vollständig der jungen Organisation beigetreten. Hier wurde auch der erste Zentralvorstand gewählt, welcher in der ersten Zeit noch die Berliner Ortsgruppe leitete. Pierzehn Tage später trat wieder ein erheblicher Teil der Berliner Kollegen zum Verband über und mit dieser Stunde begannen aber auch die erbittertsten Kämpfe zwischen Fachverein und Zentralisation. Die Form, in welcher diese Gegensätze ausgetragen wurden, wäre heute unmöglich, beide Teile glaubten, das Beste für die Arbeiter zu wollen, daher auch die Heftigkeit der Debatten. Zentralisten gingen in die Versammlungen des Fachvereins, die lange in Deigsmüllers Salon, Alte Jakobstraße, abgehalten wurden, und umgekehrt kamen die Fachvereiner zu uns. Für die jungen Zentralisten war der Kampf um denselben Salon schon schwieriger, weil die größten Redner und die erfahrensten Kollegen im Fachverein waren. Wer sich heute der kritischen Tage in den ersten Jahren unseres Bestehens noch vergegenwärtigt, wer die Entwicklung in allen ihren Abasen miterlebt hat, muß diesen selbstlosen Kämpfern auf beiden Seiten alle Hochachtung bewahren. Nach Jahresfrist wurde der Versuch unternommen, beide Organisationen gemeinsam tagen zu lassen, mit der Bestimmung, daß einmal der Verband und das nächste Mal der Fachverein die Leitung der Versammlung hatte. Auch wurde der Arbeitsnachweis, welcher lange Jahre bei Gründel in der Dresdener Straße 116 sein Domizil hatte, von beiden Organisationen gemeinsam geführt. Mit den Versammlungen waren wir vom Regen in die Traufe gekommen, so daß wir froh waren, wieder allein tagen zu können. Der Fachverein ging aber in der Folgezeit sichtlich zurück, der offene Kampf der führenden Geister verblühte allmählich immer mehr, bis die „Vertagung“ des Fachvereins eintrat und dann nochmals ein Kampf um die im Wert hochstehende Bibliothek des Fachvereins entstand. Die Bibliothek ging später in den Besitz unserer Ortsverwaltung über. Es wäre nun ein Irrtum, anzunehmen, daß der Verband so gewachsen wäre, als der Fachverein abnahm. Die wirtschaftlichen Verhältnisse anfangs der neunziger Jahre sind ein

ganz besonderes Kapitel. Insbesondere wurde die Berliner Kollegenchaft hart getroffen. Die Militärarbeit der achtziger Jahre hatte über Gebühr Arbeitskräfte nach der Großstadt geleckt, die nicht so leicht abzubringen waren. Und so kam es denn, daß aber Hunderte von Sattlergehilfen den Berliner Arbeitsmarkt bevölkerten, ohne die geringste Aussicht auf bessere Zeiten. Das Berliner Unternehmertum zeigte sich der Situation gewachsen. Alles, was im Vordergrund der Organisation stand, lag auf der Straße. Mittel zur Unterstützung der Gemahregelten standen uns nicht zur Verfügung, fiel aber auch keinem ein, sich als gemahregelt zu fühlen, zum großen Teil wurden diese Opfer noch mit Stolz ertragen. Als der Dinger zu groß wurde und insbesondere die Absicht durchleuchtete, daß die Arbeitgeber es auf die Funktionäre der Ortsverwaltung und der Zentrale abgesehen hatten, um dieselben systematisch auszuhebeln, da wurde eine Genossenschaft der Berliner Sattlergehilfen gegründet, welche Militärarbeit übernahm. Jedoch auch diese Herrlichkeit fand ein frühzeitiges Ende, nachdem sie uns über ein Jahr über die schwersten Zeiten hinweggeholfen hatte. Es dürfte heute auch nicht unangebracht sein, an das Wort des verstorbenen Obermeisters Franz Cobau zu erinnern, als er einer Lohnkommission erwiderte, daß er nicht zulegen könne, solange die Berliner Sattlergehilfen noch Schmolzstullen essen". Es waren böse, böse Zeiten, in denen wir so recht die Ohnmacht in uns fühlten und nur der Gedanke uns aufrecht erhielt, daß auch diese Zustände einmal ein Ende finden müßten und auch gefunden haben.

Um das Verbandsleben zu befruchten, wurden alle möglichen Mittel angewandt. Wer würde heute nicht lachen, wenn er in Berlin NW. große Plakate lesen würde, etwa mit der Aufschrift: "Große öffentliche Sattlerversammlung in Wobbit". Eine Reihe von Jahren suchte man die Berliner Sattler durch Wanderversammlungen in allen Stadtteilen der Organisation zuzuführen. Mitte der neunziger Jahre versuchte man es mit der Gründung von Filialen im Norden, Zentrum, Nixdorf usw. Trotzdem blieb unser Geschäft recht bescheiden.

Die Bestrebungen, die Privatfaktler zu dem Vereinsleben heranzuziehen, hatten in der ersten Zeit nur wenige Erfolge aufzuweisen. Am ersten lauten die

Treibriemensfaktler auf. Nachdem eine kurze Organisationsarbeit in dieser Branche hinter uns lag, brach ein Streik aus. Die namhaftesten Berliner Firmen wurden in den Kampf gezogen und folgten die Unternehmer ihrem Wortführer Prekel, seines Zeichens antisemitischer Stadtverordneter und Inhaber sonstiger Ehrenposten, der in der Wahl seiner Mittel nicht recht wählerisch war. So setzte er 81 Treibriemensfaktler auf die schwarze Liste, die den Weg durch ganz Deutschland fand. Dieser Herr konnte solche Dinge sehr leicht vor seinem christlich-sozialen Gewissen und als Kirchenrat der Sophiengemeinde verantworten. Wir wären aber undankbare Aerie, würden wir Herrn Prekel, der schon längst im Grabe ruht, nicht unseren Dank abstatten, denn die Peitische Prekels trieb die Treibriemensfaktler in unsere Organisation und darf diese Gruppe in ihrem Bestande als eine der stabilsten bezeichnet werden. Um die gleiche Zeit stellte Börsch Versuche an, um die

Kofferarbeiter und Tischner zu organisieren. Der erste Vorstoß war ein Fehlschlag, weil man mit der Organisierung dieser Truppe auch gleichzeitig Lohnforderungen erhob. Jedoch nach wenigen Jahren entstand auch in dieser Branche eine festgeliebte Organisation, die auf die Gesamtentwicklung des Verbandes einen großen Einfluß ausübte. Die Reformen auf dem Gebiete des Beitrags- und Unterstützungswesens und des Tarifvertrags können zum guten Teile auf diese tüchtige Gruppe der Berliner Kollegenchaft zurückgeführt werden.

Daß die Berliner Militärfaktler im Mittelpunkt des ersten Jahrzehnts unseres Verbandslebens gestanden haben, geht schon aus der Jubiläumsschrift hervor. Nicht

dem Wuppertal war Berlin der bedeutendste Ort in dieser Fabrikation und infolgedessen stand man in den Zeiten der guten Konjunktur ständig vor der Gefahr des Streiks. Die Natur des ganzen Gewerbes brachte es mit sich, daß wir in den meisten Fällen ziemlich unvorbereitet in den Kampf traten. Hinzu kam noch die große Fluktuation und das unsteife Leben der Militärfaktler. Sassenbach sah sich einmal veranlaßt, einen besonderen Leitartikel gegen das Sausen der Militärfaktler zu veröffentlichen, der ihm allerdings sehr verübelt wurde. Dabei waren die Verdienste mäßig. In den Paragraphen der selbstgeschaffenen Verfassungskommission hieß es unter anderem:

„Wer will mit uns in Frieden leben, Der muß 6 Mark Einstand geben.“

Wir dürfen stolz sein, daß unsere Organisation auf diesem Gebiete aufgeräumt hat. Die Reste derartigen Unsitte wirken heute weniger schlimm, weil schließlich auf der anderen Seite ein anderes Einkommen garantiert ist als zu damaliger Zeit, wo die Familien der Spender die Kosten solcher Geloge zu tragen hatten. So entstanden mit der Zeit vernünftige Menschen, die in der dauernden Zugehörigkeit zur Organisation das beste Mittel sahen, um Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Die Tatsache, daß heute Berlin an der Spitze der Militärfektorenindustrie steht, dieses in bezug auf den Umfang des Gewerbes als auch auf die Arbeitsbedingungen, ist zu einem großen Teil auf die Selbsterziehung der Militärfektler zum vollständigen Gewerkschaftler zurückzuführen.

Die Wagenfaktler haben keine so lange Geschichte wie die der übrigen Gruppen. Mit dem Augenblick aber, wo sie sich als geschlossene Branche fühlten, haben wir auch hier den Willen zum Fortschritt. Durch die besonderen Verhältnisse dieser Kollegenchaft, deren Interessen solidarisch mit einer Reihe anderer Berufsgruppen verbunden sind, hatten die Berliner Wagenfaktler sehr häufig Gelegenheit, im wirtschaftlichen Kampfe ihren Mann zu stehen. Durch die Entwicklung des Wagenbaues zur Großindustrie haben die Bewegungen eine seltene Schärfe angenommen, und bedarf die Geschlossenheit der Organisation der besten Pflege.

Als Spezialgruppen können noch die Einklemler genannt werden, welche schon seit Mitte der neunziger Jahre sich der Berliner Ortsverwaltung angeschlossen haben, nachdem die wiederholten Versuche mit lokalen Vereinen zu keinem Resultat geführt hatten. Die Kollegen auf wasserdichte Artikel, ferner die Eisenmöbelerbeiter spalteten sich allmählich von der Mutterbranche, der Geschirrfaktlerbranche, ab. Diese letzte Gruppe bildete jahrelang den Stamm der Berliner Kollegenchaft. Alles, was neu nach Berlin kam, gehörte zunächst dieser Branche an, sofern es nicht ausgesprochene Reiseartikelfaktler waren. Aus diesem Grunde hat diese Branche auch heute noch eine verhältnismäßig große Mitgliederzahl, mehr als ihr nach den Produktionsbedingungen dieses Gewerbes eigentlich zuzufame.

Als Ende der neunziger Jahre sich diese Branchenbildung für Berlin durch festgeliebte gleichberechtigte Ortsverwaltungen unter dem Namen Berlin I, II usw. einigermaßen durchgesetzt hatte, entstand der Gedanke der Zentralisation, der im Frühjahr 1902 in die Tat umgesetzt wurde. Die Ortsverwaltung Berlin, in ihrer heute noch bestehenden Konstitution mit einem Beamten an der Spitze, wurde ins Leben gerufen. Für die Festzeit und für manche Ortsverwaltungen, welche geradezu glauben, ohne Beamten nicht auskommen zu können, sei darauf verwiesen, daß Berlin erst zur Anstellung eines Beamten überging, als es bereits 1100 Mitglieder hatte und alle Arbeiten bis dahin im Nebenamte gemacht wurden. Allerdings wäre es ganz verfehlt, zu glauben, daß mit dieser neuen Anstellung für die übrige Kollegenchaft auf dem Gebiete der Agitation und vielem anderem nun Ruhe eintrat. Wer den Berliner Organisationsapparat in diesen 12 Jahren seit der Anstellung beobachtet hat, weiß, daß in den verschiedensten Kommissionen weit über 100

Funktionäre sitzen, welche an dem Fortschritt der Ortsgruppe mitzuarbeiten haben.

Wir müssen es uns verlagern, auch nur einen annähernd vollständigen Rückblick an dieser Stelle geben zu können, noch haben wir die Absicht, mit Zahlen aufzuwarten. Seit dem Tage der Zentralisation, die gleichzeitig eine gewisse Solidarität der einzelnen Gruppen untereinander nachgerufen hat, hat sich unsere Ortsverwaltung Berlin gewaltig entwickelt. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch die Berliner Industrie sich außerordentlich gehoben hat. Die Zahl der Betriebe, namentlich in der Lederwarenindustrie und Militärfektorenfabrikation, ist eine wesentlich größere geworden als in den 80er und 90er Jahren. Ein neues Reitationsgebiet ist im Laufe der Jahre entstanden, welches für uns erobert und mit Erfolg für die Mitgliedschaft bearbeitet wurde. Als vor etlichen Jahren (1900) die Verdimelung mit dem Portefeuilierverbande sich vollzog, erhielt auch Berlin wiederum einen Zuwachs von circa 700 Mitgliedern. Die Entwicklung seit dieser Stunde ist zu bekannt, als daß sie einer Rekapitulation bedürfte.

Am Gesamtbilde unserer Organisation spielt Berlin seit unserem Bestehen die erste Geige und ist erst mit der Verdimelung ein gleicher Faktor im Offenbacher Industriegebiet entstanden.

Heute, am 6. Juli 1914, also nach fünfundsiebzigjähriger Organisationsarbeit, dürfen wir mit Stolz auf die Entwicklung unserer ersten Ortsverwaltung zurückblicken. Wenn wir das an dieser Stelle aussprechen, so rein aus dem Gefühl heraus, daß der Sämann erlebt, wenn er im Hochsommer seine blühenden und reisenden Felder durchschreitet in dem Bewußtsein, daß seine Mühe und Arbeit nicht umsonst gewesen sind. An dieser Arbeit mitbegeistert gewesen zu sein mit vielen, vielen anderen liebet Freunden und Kollegen, ist die Bemühtung für manche Stunde des gegenseitigen Verkennens, für die Differenzierungen im sachlichen und unsachlichen Meinungsstamfe.

Unsere Ortsverwaltung Berlin hat Schritt gehalten mit der Entwicklung der Berliner Arbeiterbewegung und darf als Schrittmacher für die Entfaltung unseres Gesamtverbandes bezeichnet werden. Wir möchten nur noch den einen Wunsch zum Ausdruck bringen, daß dieses Tempo des Fortschrittes sich niemals verringern möge. R. Blum.

Der 9. Gewerkschaftskongreß.

Das Parlament der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands war in der Woche vom 22. bis 27. Juni in der schönen Ferialstadt versammelt. 448 Delegierte waren aus allen Gegenden Deutschlands herbeigeeilt, um zu den wichtigsten Fragen der Praxis und der Taktik Stellung zu nehmen, die Waffen für den wirtschaftlichen Kampf zu schmieden und vor allen Dingen den herrschenden Klassen zu beweisen, daß die Organisationsbestrebungen der klassenbewußten Arbeiterschaft weder durch Sondergesetze noch durch polizeiliche Schikane zu hemmen oder gar zu befeigen sind.

Montag gegen 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende der Generalkommission, Gen. Legien, im geräumigen, festlich dekorierten Saale des Künstlerers den Kongreß, begrüßte die Delegierten und Gäste, ganz besonders aber den Genossen Davis vom Parlamentarischen Komitee Englands, da gerade diese Delegation zum Ausdruck bringt, daß die gesamte organisierte Arbeiterschaft Englands und Deutschlands sich einig ist in dem Bestreben, die Hoffnungen der Spekulanten, die es zu einem Krieg zwischen den beiden Ländern treiben wollen, zu schanden zu machen. Kurz streifte Legien die Entwicklung der Gewerkschaften in den letzten drei Jahren und meinte, auf dem letzten Dresdener Kongreß hätten wir die Hoffnung, daß den Gewerkschaften nunmehr das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht gesichert sei. Doch unser Optimismus ist schwer getrübt worden. Noch zu keiner Zeit waren unsere Gegner so einig wie jetzt, die Kulturbestrebungen der organisierten Arbeiter zu zerstören. Dazu kam die im Vorjahre eingesezte wirtschaftliche Krise, die die Kräfte der Gewerkschaften außer Achtel angepaßt hat. Die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung am Orte und auf der Reise sind von rund 7 Millionen Mark im Jahre 1911 auf etwas über 13 Millionen im Jahre 1913 gestiegen. Auf dem Dresdener Kongreß waren

Resolution Bauer:

Die durch die Reichsversicherungsordnung ge-

troffene Regelung der Krankenversicherungspflicht

der Hausgewerbetreibenden ist unzureichend, fehler-

haft und praktisch nicht durchführbar.

Die schleunige Aenderung der in Frage kom-

men Bestimmungen der Reichsversicherungsord-

nung ist eine dringende Notwendigkeit.

Eine betriebligende, den Bedürfnissen des Haus-

gewerbes Rechnung tragende Lösung der Kranken-

versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden kann

nur erreicht werden, wenn Melde-, Beitrags- und

Unterstützungspflicht nach denselben Grundrissen ge-

regelt wird, die für die Krankenversicherungspflicht

der gewerblichen Arbeiter maßgebend sind.

Der Kongreß richtet an Reichstag und Bundes-

rath das dringende Ersuchen, die im zweiten Buch

der Reichsversicherungsordnung enthaltenen Bestim-

mungen über die Krankenversicherungspflicht der

Hausgewerbetreibenden baldigst in diesem Sinne zu

ändern.

Die Konferenz der Zentralvorstände der Ge-

werkschaften hat dem Kongreß ein Regulatori-

um für das Zusammenwirken der Gewerk-

schaften Deutschlands unterbreitet, in

welchem die Aufgaben der Generalkommission fest

umrissen werden. Der Gewerkschaftsausschuß soll

durch Konferenzen der Vorstandsvertreter, die in

halbjährlichen Zwischenräumen stattfinden, erzieht

werden. In Zukunft sollen die Gewerkschaften berech-

tigt sein, erst auf 5000 Mitgliedern einen Delegierten

von Vorkonten, die über den Ort hinaus ihre Wirkung

erreichen sollen, die Zustimmung der Generalkom-

mission einzuholen.

In seinem ausführlichen Referate über die

„Vollstuförge“ erläuterte Gen. Bauer die Ge-

schäftsgebarung dieses neuen Zweiges der Arbeiter-

bewegung, stellte ihre Selbstverwaltung in den Vorder-

grund seiner Betrachtungen und zeigte, wie sie re-

formierend und vorbildlich auf die gesamte Volks-

versicherung gewirkt hat. Auf die Erfolge der „Voll-

stuförge“ hinweisend, betonte Bauer, daß bei den

Konkurrenzenunternehmungen im 2. Halbjahr 1913

24 000 Anträge mit einer Versicherungssumme von

7 Millionen Mark eingegangen sind, bei der „Voll-

stuförge“ aber 76 000 mit 13 Millionen Mark. Am

1. Juni d. J. waren es bereits 150 000 Anträge.

Toch hat bei der „Victoria“ im Vorjahre 400 000 An-

träge gestellt worden, die zum guten Teile aus den

Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter

stammen. Diese Tatsache muß Veranlassung sein,

noch mehr als bisher erfolgreiche Propaganda zu

treiben.

Es darf nicht darauf ankommen, wenn die Tarife

anderer Volkssicherungen besser sein sollten; aus-

schlaggebend ist, daß dem Versicherten kein Fleiß

des eingehaltenen Geldes verloren geht, und daß die

angemessenen Gelder gemeinnützigen Bauwesen-

schaften zur Förderung von Arbeiterwohnungen ho-

theloharisch zur Verfügung gestellt werden.

An der Hand reichhaltigen Materials führte

Gen. Vren den Nachweis, wie das Reichsvereins-

gesetz trotz aller gegenwärtigen Verdrüßungen in poli-

zeigigeistlichem Sinne gehandhabt wird. Alle Unter-

nehmervereinigungen, gelbe, christliche und Dirsch-

2. alle gewerkschaftlichen Versammlungen, gleich-

viel ob sie die Arbeiter eines Betriebes oder

mehrerer Betriebe umfassen, von Anmeldung

und Lebensdauer befreit bleiben;

3. das Verbot fremder Sprachen für gewerkschaft-

liche Versammlungen keine Anwendung findet;

4. gewerkschaftliche Verbände außerhalb der Ver-

einrichtungen des § 3 gestellt werden.

Der Erreichung dieses Zieles ist es dienlich, daß

jeder polizeiliche Eingriff in das Vereins- und Ver-

sammlungsrecht durch alle zulässigen Rechtsmittel be-

kämpft wird.

Die Generalkommission der Gewerkschaften

Deutschlands wird beauftragt, die Handhabung des

Vereinsgesetzes aufmerksam zu verfolgen und alle

Fälle einer ungleichen, die Verbände der Unter-

nehmer, der vaterländischen gelben Arbeiter und

bürgerlichen Jugendvereine bevorzugenden Anwen-

dung des Vereinsgesetzes zu sammeln und zur Er-

reichung eines freien Vereins- und Versammlungs-

rechts zu verwerten.

Bei der Abstimmung über das Regulatori-

um in seinem ersten Teil, betreffend das Zusammen-

wirken der Gewerkschaften, wurde es

ohne Aenderung gemäß der Vorlage angenommen.

Zu dem zweiten Teil, die Regelung der

Grenzstreitigkeiten, lagen verschiedene An-

träge vor. In letzter Stunde hatte der Genosse

Schilde noch einen Vermittlungsantrag einge-

bracht, wonach die Schiedsgerichte wohl endgültig

sind, jedoch, wenn durch einen solchen Spruch die

Grundzüge der Beschlüsse der Gewerkschaftsorgan-

verletzt seien, Berufung an die Konferenz der Vor-

stände möglich sei. Die Transportarbeiter hatten

demgegenüber einen Antrag eingebracht, wonach jeder

Spruch berufsungsfähig sei. Der letzte Antrag wurde

in namentlicher Abstimmung mit großer Majorität

abgelehnt, dagegen der Antrag Schilde angenommen.

gewährte Schutz durch Behörden und Gerichte, in Verbindung mit der das Koalitionsrecht einschneidenden Bestimmung des § 153 der Reichsgewerbeordnung, in ihnen eine Selbstüberhebung hervorruft, die häufig die ausschließliche Ursache etwaiger Zusammenstöße mit streikenden und ausgepörrten Arbeitern ist.

weil der neunte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands ein Eingreifen der Gesetzgebung sowie der Regierungen und Polizeibehörden im Sinne der vom Unternehmertum gestellten Forderungen mit Entrüstung zurück und fordert demgegenüber Ausbau des Koalitionsrechtes durch: Ausdehnung desselben auf alle Arbeiter ohne Rücksicht auf die Art ihres Beschäftigungs- oder Dienstverhältnisses,

Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, Bestrafung derjenigen, die Arbeiter und Angehörte an der Ausübung des Koalitionsrechtes hindern oder zu hindern suchen.

ferner protestiert der Kongreß gegen die heutige Rechtsprechung an Streiks und Aussperrungen beteiligten Arbeitern gegenüber.

gegen das wegen Streifvorgehens allgemein angewandte hohe Strafmaß, das in seinem Verhältnis zu den bei gleichartigen, aus anderen Anlässen begangenen Delikten verhängten Strafen steht,

gegen die höhere Bewertung des Zeugnisses Arbeitswilliger gegenüber dem von Streikenden und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und gegen die fast zur Gewohnheit gewordene Verweigerung des Schutzes des § 193 des 21.6.9. angeklagten Streikenden und Ausgepörrten gegenüber.

Der Kongreß fordert die organisierte Arbeiterschaft zur Anerkennung dieses Beschlusses und zu reger Propaganda in seinem Sinne auf.

Alexander Schilde.
Das Referat Reumann beruht auf einer Materie, welche in der letzten Zeit sehr aktuell geworden ist. Die Bestrebungen der Unternehmer, die Arbeitsnachweise in ihre Hände zu bekommen, sind zu bekannt. Die Auswüchse auf diesem Gebiete haben wir schon öfters an dieser Stelle gekennzeichnet. In der letzten Zeit geht man mit dem Gedanken einer gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises um. Insbesondere bemüht sich Dr. Fr. u. d. um diese Materie. Jedoch läßt schon der Entwurf zu einem solchen Gesetz bereits absehen, was man mit dieser Regelung will. Man will in erster Linie die Arbeitslosigkeit damit mildern, d. h. mit anderen Worten, alle die Elemente von dem Arbeitsnachweise ausschließen, die zu den von den Unternehmern festgesetzten Bedingungen die Arbeitsannahme ablehnen. Aus diesem Grunde befürworten die Unternehmer eine Bestimmung im Gesetz, wonach auch die „Gelben“, wenn sie numerisch gar nicht in Betracht kommen, ebenfalls Träger der öffentlichen Arbeitsnachweise sein sollen. Wir stimmen dem zu, daß der Arbeitsnachweis den Interessenkämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entzogen wird, wenden uns aber ganz entschieden dagegen, daß ein Arbeitsnachweismonopol in einseitigem Interesse der Unternehmer geschaffen wird. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten noch erweitert und die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen.

Trotz fleißiger Arbeit des Kongresses verblieben noch für den letzten Tag drei Referate und die Beratung der noch nicht erledigten Anträge. Hauptsächlich Genosse Winnig die „Arbeitslosenfürsorge“ und gab in historischer Beleuchtung ein Bild der Produktionsentwidelung, die einen großen Teil des Volkes in ihre Armeise zog und bei den Schwankungen wieder austückte. Die so erwerbslos Gewordenen wurden, wenn auch in höchst unzureichender Weise, der Armenfürsorge überwiesen. Gegen diese Art von Fürsorge bäumt sich das soziale Gewissen der arbeitenden Klasse. Der Referent zeigte dann noch unter Jugendbelegung reichhaltiger Zahlen den Umfang der herrschenden Arbeitslosigkeit und empfahl lindenlose Organisation des Arbeitsnachweises. Doch sind dem bestimmte Grenzen gezogen, denn mit der Vermittlung ist noch keine Arbeitsgelegenheit geschaffen. Steuern läßt sich noch die Arbeitslosigkeit, wenn die Vergütung öffentlicher Arbeiten in der Zeit der mageren Jahre gesenkt und fiskalische Gründe nicht die Hauptrollen spielen. Wir fordern Genöhrung von Unterhaltsmitteln auf sozialer Grundlage, denn die Unterhaltspflicht darf nicht den Gewerkschaften allein überlassen werden. Aus Zweckmäßigkeitsgründen muß das Reich unter Mitwirkung der Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung übernehmen. So lange dies noch nicht geichehen, muß auf die Landtage und Kommunalverwaltungen eingewirkt werden. Dies hatte ja auch schon einigen Erfolg, indem in einzelnen Städten Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Unterstühtungen gewährt werden. Dagegen haben sich die Einzellandtage bzw. die ersten Kammer ab-

lebend verhalten. Auf die Lage der Arbeiter übergehend schilberte Winnig die traurigen Wohnungsverhältnisse, wo Tausende Arbeiterfamilien zu sechs Personen in einem Zimmer wohnen, Hunderttausende von Kindern ohne elementare Erziehung aufwachsen, weil Vater und Mutter in kapitalistischer Krousteden. Zur Deckung der Heizbedürfnisse wurden 1912 179 000 Pferde und nahezu 9000 Stinde geschlachtet. Wollen wir allz die traurigen Zustände beseitigen, so müssen wir alle Anstrengungen machen, in der reichsgewerblichen Arbeitslosenunterstützung weiterzukommen. Nächst der Frage des Koalitionsrechtes muß die Arbeitslosenunterstützung zum Mittelpunkt der Agitation gemacht werden. Wenn so alle Kräfte zusammenwirken, dann wird der Tag kommen, an dem auch die Arbeitslosenfürsorge zu unfernen Gunsten erledigt wird.

Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zum ersten Male beschloß sich ein Gewerkschaftskongreß mit der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge, wozu Gen. Leipzig das Referat übernommen hatte. Welche Bedeutung die Tarifgemeinschaft im Arbeitsverhältnis hat, beweist uns, daß im Jahre 1912 10 731 Tarife für 491 000 Betriebe mit 1 574 285 Personen bestanden, das heißt 16 Proz. aller Arbeiter fanden im Jahre 1912 unter Tarifvertrag. Allerdings ist die Tarifgemeinschaft der Großbetriebe des Metall- und Berggewerbes nur gering. Hier haben die Arbeiter fast nichts bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzureden. Die Tarife sind uns wertvoll, weil wir sie den Unternehmern in schweren Kämpfen abgeroßt haben. Wir verteidigen sie nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern auch gegen Angriffe, welchen sie bei der gesetzlichen Regelung ausgesetzt sind.

Die Zentralvorstände waren sich schon vor drei Jahren einig, daß sie eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge ablehnen. Versuchen wir zu prüfen, ob und wieviel dieser Standpunkt richtig ist. Gilt ein Tarifvertrag nur für die kontrahierenden Verbände oder für deren Mitglieder oder für beide? Diese einfachen Fragen haben eine reichhaltige Literatur erregt. Wir müssen sagen, der Tarif verpflichtet nicht nur die Verbände oder nur die Mitglieder, sondern aus allen Verträgen geht hervor, daß ihre Bestimmungen für alle Arbeiter eines Betriebes am Orte gelten sollen, trotzdem die Rechtsprechung die Tarifverträge für addierbar erklärt hat. Die gesetzliche Haftung wegen Verstöße gegen Tarifbestimmungen müssen wir ablehnen; weil unsere Verbandsstatuten die Verpflichtung aussprechen, daß jedes Mitglied gehalten ist, die durch den Verband abgeschlossenen Verträge einzuhalten. Zum weiteren Ausbau des Tarifrechtes brauchen wir kein neues Gesetz. Wir können Schiedsstangen auf Grund der Zivilprozedurordnung schaffen, können in den Verbandsstatuten zum Ausdruck bringen, daß die Mitglieder den Vorstand zum Abschluß für sie bindende Tarife für berechtigt halten u. a. m. Vor allem muß es unsere Aufgabe sein, unsere Mitglieder dahin zu erziehen, keine Sonderabmachungen zu treffen. Zu befürworten wäre eine gesetzliche Regelung, wenn eine Befreiung des tariflichen Rechtes im Arbeitsverhältnis damit erreicht werden könnte. Doch dafür ist wenig Hoffnung vorhanden, wir müssen uns auf unsere eigene Kraft verlassen.

Nachdem noch kollege Weinchild einige ergänzende Ausführungen in bezug auf unsere Tarife machte, wurde die folgende Resolution des Referenten einstimmig angenommen.

In seinem Referat: „Der Einfluß der Lebensmittelerhöhung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse“ wies Genosse Timm auf die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise hin und belegte seine Behauptungen mit statistischen Nachweisen, wonach die Lohn erhöhungen mit der Teuerung nicht Schritt gehalten haben. Während die Ausgaben für Lebensmittel um 16,36 Proz., sind die Löhne in demselben Zeitraum um nur 10,19 Proz. gestiegen. Nach den Berechnungen der 66 Unfallberufsgenossenschaften stieg der Lohn der Vollarbeiter in den letzten drei Jahren um 3,8 Proz., nach der Statistik des Volkswirtschaftlers G. Casper der Weizen um 6,7 Proz. Hier zeigt es sich, daß die Gewerkschaften eine große Aufgabe zu lösen haben. Die vom Referenten empfohlene Resolution fand die Zustimmung des Kongresses.

In die Generalkommission wurden die alten Mitglieder wiedergewählt: Zum 1. Vorstehenden Genosse Legien mit 390, Bauer zum 2. Vorstehenden mit 351, Rade zum Kassierer mit 400 Stimmen. Als Beisitzer erhielten Stimmen: Cohen (Metallarbeiter) 383, Döblin (Buchdrucker) 350, Hübsch (Textilarbeiter) 294, Knoll (Steinzeiger) 296, Sobath (Schneider) 337, Schatz (Bergarbeiter) 278, Sossenbach (Sattler) 359, Schmidt (Holzarbeiter) 354, Schumann (Transportarbeiter) 268, Silberichmidt (Maurer) 357; außerdem erhielten Brey (Fabrikarbeiter) 165 und Drunzel (Töpfer) 139 Stimmen.

Nachdem noch die wenigen vorliegenden Anträge durch ungenügende Unterstützung erledigt wurden, dankte Genosse Schilde den anwesenden Gästen und den Gewerkschaften Münchens für ihre rege Beteiligung und wies darauf hin, daß eine arbeitsreiche Woche hinter uns liegt, und daß die Erledigung der Tagesordnung nur möglich war, daß jeder einzelne sich bestreute, von der Medefreibeit nicht vollen Gebrauch zu machen. Die Münchener Gewerkschaften haben es sich angelegen sein lassen, die Arbeiten des Kongresses zu fördern und alles angestrebten, die Tagungen so angenehm wie mir möglich zu machen.

Es sind jetzt 24 Jahre her, seitdem ein Heines Kaufmann organisierter Arbeiter die Generalkommission eingeleitet hat. Es freut uns zu konstatieren, daß alle angeschlossenen Gewerkschaften mit ihrer Tätigkeit einverstanden sind.

Die Gewerkschaftsbewegung hat einen hervorragend erzieherischen Wert. Dies ist ganz besonders den Angriffen unierer Gegner gegenüber zu betonen. Die einzelnen Referate waren ein einmütiger Protest gegenüber den Bestrebungen, die Arbeiterorganisationen einzuengen. Dieser kommende Protest wird auch seine Wirkung nicht verfehlen. Wenn bei dem Punkte über die Mittel zur Abwehr gegen die Gefämpfung des Koalitionsrechtes nicht alle Wünsche erfüllt worden sind, so liegt es daran, weil der Kongreß es für selbstverständlich hielt, die organisierte Arbeiterschaft wird alles aufwenden, um ihre heiligsten Rechte zu verteidigen. Der vom Kongreß beschlossene Bericht, die Gewerkschaften zu einigen, wird gelingen und seine Früchte tragen uns zum Schutz, unseren Gegnern zum Trub. Mit einem unter großem Beifall aufzunehmenden Doch auf die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften selbst Genosse Schilde den neunten Gewerkschaftskongreß am 27. Juni nach 2 Uhr.

Die Delegierten sangen noch stehend den ersten Vers der Arbeitermarkeillie.

Die erste Generalversammlung der „Volksfürsorge“

Am Sonntagabend, den 13. Juni 1914, im Gewerkschaftsbaue in Hamburg zusammen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates Gustav Bauer-Berlin eröffnete dieselbe vormittags 5 11 Uhr. Stimulide Aktien waren, teilweise durch ihren Inhaber, teilweise durch Bevollmächtigte vertreten: Den Geschäftsbericht für das erste Geschäftsjahr (1. Juli bis 31. Dezember 1913) erstattete das geschäftsführende Vorstandsmitglied A. von Elm an der Hand des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichts.

Demselben ist zu entnehmen, daß in der genannten Zeit insgesamt 74 746 Anträge mit einer Versicherungssumme von 13 797 416 Mk. eingegangen waren. Abgeschlossen wurden davon bis zum Ende des Berichtsjahres 70 401 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 12 952 280 Mk. Abgeschlossen oder zurückgezogen wurden 246 Anträge mit 105 618 Mk. Versicherungssumme. 4099 Anträge mit einer Versicherungssumme von 739 517 Mk. wurden als unerledigt in das Geschäftsjahr 1914 übernommen. Von den Sparversicherungen gelangen 3106 Anträge mit einer Prämiensumme von 27 085 Mk. und einer Versicherungssumme von 42 738 Mk. zur Aufschrift.

Die Prämienentnahme betrug insgesamt 1 040 492 Mk., die Einnahme an Zinsen 25 126 Mk. Unter den 64 durch Tod abgegangenen Versicherten waren 2, deren Tod auf einen Unfall zurückzuführen war; in beiden Fällen wurde die volle Versicherung gezahlt. Der Sterblichkeitsgewinn betragt 18 320 Mk. Wie die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung ergeben, betragt der erzielte Ueber schuß 66 066,22 Mk. Davon sind nach den Vorschriften des Gesellschaftsvertrages dem gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds mindestens 5 Proz. gleich 3303,31 Mk. zuzuführen; dem Kriegerveervefonds, für besondere Reserven und zur Auffüllung des Reservefonds werden ebenfalls je 5 Proz. überwiesen, so daß noch ein Ueber schuß von 52 852 Mk. zur freien Verfügung steht.

Der Vorstand schlug der Generalversammlung vor, für dieses Geschäftsjahr die vorgesehene Verzinsung des Aktienkapitals nicht einzutreten zu lassen, dafür aber der Gewinnreserve der Versicherten 48 300,46 Mk. als Gewinnaufschlag den Versicherten zu überweisen und den Rest von 4552,02 Mk. auf neue Forderung vorzutragen. Die Bilanz ist beim Kaiserlichen Aufständamt vorgelegen, dasselbe hat keine Einwendungen dagegen; von Elm ersucht die Generalversammlung, die vorgelegte Bilanz zu genehmigen.

Den Bericht des Aufsichtsrates erstattete Bauer-Berlin. Der Aufsichtsrat stimmt dem Bericht des Vorstandes sowie der von dem Vorstand aufgestellten Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung in allen Punkten zu und beantragt: die Generalversammlung wolle der Jahresrechnung die Genehmigung und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilen.

Für die Revisionskommission des Aufsichtsrates berichtete Junger-Berlin, daß der Rechnungsabluß mit den Büchern in Uebereinstimmung befunden wurde und die Prüfung der Wertbestände keine Anstände ergeben habe.

Der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat wird hierauf einstimmig zugestimmt.

Sailer-Ludwigsheim trägt an, ob an der in der Presse vielfach aufgetretenen Behauptung, die sozialdemokratische Partei sei an der „Vollstuförge“ beteiligt, etwas Wahres sei.

Darauf erklärt der Vorsitzende Paucel-Berlin, daß diese Behauptungen der Wahrheit nicht entsprechen. Die sämtlichen Aktien seien in Händen gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Korporationen und könnten nur unter Zustimmung von Vorstand und Aufsichtsrat auf andere übertragen werden. Die sozialdemokratische Partei könne sonach keine Aktien haben und habe keine, sie sei weder finanziell noch in anderer Weise an der „Vollstuförge“ beteiligt. Wenn einzelne Freisprechungen darauf Bezug nehmen, daß Herr Ebert-Verein Mitglied des Aufsichtsrates sei, so ist demgegenüber festzustellen, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Herrn Ebert nicht in seiner Eigenschaft als Mitglied des Parteivorstandes, sondern aus persönlichen Gründen in seiner Eigenschaft als Mitglied seiner Gewerkschaft in den Aufsichtsrat der „Vollstuförge“ delegiert habe.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Beichtlufassung über die Verwendung des Heberichsches“ beantragten Vorstand und Aufsichtsrat:

„Für das Geschäftsjahr 1913 tritt eine Verzinsung des Aktienkapitals nicht ein; dafür werden der Gewinnreserve der Versicherten 48.300,96 M. (5 Proz. der 966.019,20 M. betragenden Jahresüberschüsse) der mit Gewinnbeteiligung Versicherten überwiesen und der Rest von 4552,02 M. als Vortrag auf neue Rechnung genommen.“

Diesem Antrage stimmten alle Aktionäre einmütig zu. Gewerkschaften und Genossenschaften verzichteten sonach auf die ihnen zustehende Verzinsung des eingezahlten Garantiekapitals und ermöglichen so, daß den Versicherten schon für die ersten sechs Monate ein nennenswerter Gewinn gutgeschrieben werden kann und so den praktischen Beweis liefert, daß es sich bei der Schaffung der „Vollstuförge“ nur um die Erfüllung einer wirklich gemeinnützigen Institution handelte.

Ohne Widerspruch wurde hierauf eine redaktionelle Änderung des § 23 des Gesellschaftsvertrages beschlossen, wonach derselbe jetzt lautet:

„Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben Anspruch auf den Erfolg ihrer in Ausübung ihres Amtes gemachten Auslagen. Ferner wird dem gesamten Aufsichtsrat eine Vergütung gezahlt, die pro Jahr fobiel mal 250 M. beträgt, als er Mitglieder besitzt. Ueber die Verteilung dieser Summe an die einzelnen Mitglieder beschließt der Aufsichtsrat selbst.“

Für das Geschäftsjahr 1913 verzichteten die Mitglieder des Aufsichtsrates auf die ihnen zustehende Vergütung zugunsten der Versicherten.

Da der Vorstand der „Vollstuförge“ beim Bundesrat die Anerkennung des gemeinnützigen Charakters der „Vollstuförge“ beantragt hat, schlägt er vor, die seitens der Behörden gewünschte und schon bei Gründung der „Vollstuförge“ seitens der Gründer als selbstverständlich erachtete Bestimmung über die Verwendung des Bestandes bei eventueller Auflösung der Gesellschaft in den Gesellschaftsvertrag als neuen § 35 in folgendem Wortlaut aufzunehmen:

„Am Falle der Liquidation ist nach Tilgung oder Sicherstellung aller Verbindlichkeiten, insbesondere derjenigen aus laufenden Versicherungsbeträgen und Rückzahlung des Grundkapitals ein etwa verbleibender Ueberschuß zur Rückzahlung des Organisationsfonds (§ 9), soweit erforderlich, zu verwenden.“

Ein etwaiger Rest ist im Interesse der im Zeitpunkt der Auflösung vorhandenen Versicherten durch Zuschläge zu den festgesetzten Versicherungssumme im Verhältnis zu der von ihnen eingezahlten Gesamtprämiensumme zu verwenden oder inländischen Gesellschaften und Genossenschaften zuzuwenden, welche vom Bundesrat gemäß der Freiregungsvorschrift zu Tarifnummer 1 Aa, b, c des Reichsteilempfeleges vom 3. Juli 1913 (Reichs-Gesetzblatt Seite 544) als gemeinnützig anerkannt sind.

Ueber die Art der Verwendung im Sinne dieser Vorschrift beschließt die Generalversammlung.

Sämtliche Aktionäre stimmten dem Antrage zu. Bei der hierauf folgenden Wahl des Aufsichtsrates wurden die seitherigen Mitglieder einstimmig wiedergewählt. Es sind das: Gustav Bauer (Berlin), Fritz Ebert (Berlin), Theodor Leipart (Berlin), Alex. Schilde (Stuttgart), Julius Frähdorf (Dresden), Paul Hoffmann (Magdeburg), Rudolf Junger (Berlin), Dr. Aug. Müller (Hamburg), als Ersatzmänner Robert Schmidt, Gustav Eiler (Berlin), Adolf Seifert und Paul Turnau (Hamburg).

In der sich anschließenden Sitzung des neu gewählten Aufsichtsrates wurde der seitherige Vorstand

bestätigt. Derselbe besteht aus Adolf v. Elm, Friedrich Leide als geschäftsführenden und Heinrich Kaufmann, Heinrich Lorenz, Fritz Voelpel und Heinrich Wenter als ehrenamtlichen Mitgliedern.

Sitzung der Schlichtungskommission der Militäreffektenbranche.

Verhandelt am 22. Juni 1914.

1. Die Maschinenfabrik der Firma Cobau verlangen für das Gerumnähen der Pistolentische 08 einen Preis von 8 Pf. Herr Cobau führt an, daß bei Mühlenfeld-Vorreden dem Maschinenfabrik für die 4 Charniernähte 4 Pf. und für das Gerumnähen einschließlich der Magazintische 7 1/2 Pf. gezahlt werden, also ein Gesamtpreis von 11 1/2 Pf. Da er bereits für die 4 Charniernähte einschließlich der Magazintische schon 10 Pf. bezahlt habe, so würde ein Gesamtpreis von 18 Pf. dem in Ebertfeld-Vorreden gezahlten 11 1/2 Pf. gegenüberstehen. Im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der Berliner Fabrikanten erühdet er um einen Ausgleich. Herr Ebert wendet dagegen ein, daß es durchaus nicht angängig ist, daß wir uns nach Ebertfelder Preisen richten; vorläufig bestehe noch kein Reichsamt und die Schlichtungskommission hat nach den Bestimmungen des Berliner Vertrages zu entscheiden. In den bisher gezahlten Preisen dürfe nichts abgezogen werden, es könne nur die Festsetzung des Arbeitslohnes für das Gerumnähen der Pistolentische in Frage kommen. Herr Cobau stimmt dem zu und erühdet nun um Festsetzung des Preises für die Nähl der Magazintische, um diesen von dem in Varmen gezahlten Preis in Abzug zu bringen und zu den bereits gezahlten 10 Pf. zuzulegen. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, da die Maschinenfabrik auf ihre Forderung von 8 Pf. bestanden.

2. In der Schlichtungskommisssionssitzung vom 22. Mai wurde mit der Firma Reinhardt eine Einigung erzielt, wonach dem Handnähler für die Pistolentische 08, wenn Charnier, Schlüssel- und Magazintische sowie das Gerumnähen mit der Maschine gemacht werden, noch 56 Pf. zu zahlen sind. Die Arbeiter des Herrn Cobau verlangen eine Revision, indem sie geltend machen, daß bei Berechnung des Abzuges Fehler unterlaufen sind. Herr Cobau erklärt die Entscheidungen der Schlichtungskommission für bindend, während die Arbeiter erst die Entscheidung unter Vorbehalt eines Gewerberichters als endgültig und für alle am Vertrage Beteiligten als verbindlich erachten. Die Streitfrage soll in der nächsten Sitzung vom Gewerberichter entschieden werden.

3. Nach einer weiteren Ansprache über Differenzen bei der Pistolentische erklärte sich Herr Cobau bereit, die bisher gezahlten 2 Pf. für das Aufklappen der Magazintische weiter zu zahlen; ferner für Käben der Schlüsselstücke mit der Hand 7 1/2 Pf. Da dieser Preis bei der Berechnung des Abzuges in Ansatz gebracht worden ist.

4. Ueber den Preis eines Sattelfisens einer ausländischen Kommission bestehen gleichfalls Differenzen bei der Firma Cobau. Die Arbeiter machen geltend, daß für das deutsche Armeestellfisen 2 M. gezahlt werden, an dem ausländischen jedoch erhebliche Minderleistungen vorhanden sind (4 Ringstappen, 10 Abheftstücke, Knoten einziehen, das Verteilen der Ketten ist schwieriger, die Füllung fester und lauberte Ausführung wird verlangt), so daß bei der Forderung von 2,40 M. noch nicht der Verdienst erzielt wird, wie beim deutschen Fisen für 2 M. Herr Cobau will nur 2,30 M. bezahlen, da die Firmen in Ebertfeld, welche die gleiche Arbeit ausführen, nur 2,05 M. dafür zahlen; eine Einigung wurde nicht erzielt.

5. Für die Wertzeugtasche für Sattler zählte Herr Cobau in früheren Jahren 350 M. Arbeitslohn. Der Verdienst war sehr gering für den Arbeiter, darum ließ Herr Cobau diesmal 3 Nächte zusammen zirka 60 Zentimeter lang mit der Maschine nähen und zahlte dem Handnähler den alten Preis von 3,50 M. Trotz der dadurch herbeigeführten Verbesserung konnte von den Arbeitern der sonst übliche Verdienst noch nicht erzielt werden und sie verlangten 3,80 M. Nach gegenseitiger Ansprache zogen die Arbeiter auf Anraten der Arbeitnehmerbeisitzer ihre Forderungen zurück.

6. Die Firma Weder hat Dedengurttissen für Gendarmen anzufertigen, für welche sie 40 Pf. Arbeitslohn bot, während die Arbeiter 85 Pf. verlangten. Das Angebot des Herrn Weder wurde auch von den Arbeitgeberbeisitzern nicht ernst genommen. Nach Berechnung der einzelnen Arbeiten kam eine Einigung von 75 Pf. für den Handnähler zustande; mit dem Maschinenfabrik hatte sich Herr Weder schon vorher mit 21 Pf. geeinigt.

Die Punkte 1, 2 und 4 kommen demnächst zur Verhandlung unter Vorbehalt eines Gewerberichters.

Für die Arbeitgeber: Wilhelm Rodhaus, Gustav Reinhardt.

Für die Arbeitnehmer: Ernst Pinkofski, Alwin Lillig.

Aus unserem Beruf.

Große Arbeitslosigkeit der Sattler in Sudpeß. Die Zeitung unserer Bruderorganisation in Sudpeß erühdet uns, Sattler und Ledergerbanterarbeiter zu warnen, nach Sudpeß zu kommen, denn Hunderte von Militärattlern sind schon monatelang beschäftigungslos, zudem stehen die Ledergerbanterarbeiter vor Ablauf des Arbeitsvertrages.

Aus anderen Organisationen.

Die Maschinisten und Geizer hielten ihre 12. Generalversammlung in der Zeit vom 30. Mai bis 3. Juni in Leipzig ab. Auch hier spielte die Frage der Grenzstreitigkeiten eine herberregende Rolle. Wohl haben die mit einzelnen Verbänden abgeschlossenen Kartellverträge die Differenzen auf ein Minimum herabgedrückt, aber mit den Gemeinde- und Transportarbeitern ist es zu einer Verständigung nicht gekommen. Erstere verlangen alle in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigte Maschinisten und Geizer für ihren Verband als zuständig, die zweiten glauben alle auf den Wasserstraßen tätigen Berufsgeosien für sich beanspruchen zu können. Nun kommt noch der Bauarbeiterverband und reflektiert auf die auf Bauten beschäftigten Maschinisten und Geizer. Der Verband will aber auf die ihm strittig gemachten Mitglieder nicht verzichten. Auf diese Weise werden die nach den Beschlüssen des Münchener Kongresses ins Leben tretenden Schiedsgerichte mit Arbeit geradezu überhäuft werden. Die Werftarbeiterbewegung wurde ebenfalls einer eingehenden Besprechung unterzogen, jedoch fügten nur die Hamburger Vertreter die Geltung der Werftarbeiter, während alle übrigen sich mit dem Vorstand einig erklärten. Zur Vermittelung mit dem Metallarbeiterverband wurde vom Vorstand eine Resolution vorgelegt, worin der Verbandstag sein Einverständnis mit den Maßnahmen des Vorstandes erklärt. Der Verbandstag befandt ferner, daß er grundsätzlich einer Vermittelung nicht abgeneigt ist und den Deutschen Metallarbeiterverband als eine für den Anschluß geeignete Organisation betrachtet. Er ist jedoch der Ansicht, daß die Zeit des Anschlusses oder Uebertritts noch nicht gekommen und daß daher die Lösung der Vermittelungsfrage bis zu einem geeigneten Zeitpunkt zu verlagern ist; er verpflichtet die Delegierten, bis dahin mit aller Kraft für den weiteren Ausbau ihrer Berufsorganisation einzutreten. Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, die Verhandlungen und Vorarbeiten wieder aufzunehmen, sobald die zukünftige Entwicklung oder auch besondere Ereignisse dazu Veranlassung geben. Als eine Vorbedingung der Vermittelung erachtet der Verbandstag eine Erweiterung der Konzeptionen, besonders bei Anrechnung der den übertretenden Mitgliedern zu gewährenden Rechte, für erforderlich. Das Gausleiterstium scheint sich in dem Verbands der Maschinisten und Geizer nicht zu bewähren, denn verschiedene Anträge zielten darauf hin, die Gausleitung aufzugeben, auch eine bessere Kontrolle der Gausleiter wurde gewünscht. Der Vorstand wurde beauftragt, bis zum 1. Januar 1915 eine Reorganisation der Gaus vorzunehmen. Beschlossen wurde, den Beitrag von 60 auf 70 Pf. zu erhöhen, und bei der Ermerstlohnunterstützung die Bezugszeit je nach der Dauer der Mitgliedschaft um 1 bis 4 Wochen zu verlängern. Von einer Gehaltsregelung der Beamten wurde abgesehen und ihnen eine Feuerungszulage von 15 Proz. gewährt.

Der Transportarbeiterverband, der 195.249 Mitglieder zählt, tagte vom 7. bis 12. Juni in Adln. Die Grenzstreitigkeiten mit dem Bauarbeiterverband und der feinerzeit auch an dieser Stelle besprochene Schiedspruch wurden in dem Geschäftsbericht eingehend behandelt. Es war die Meinung vorherrschend, der Spruch verstoße gegen die Hamburger Resolution. Trotzdem Genosse Legien als Vertreter der Generalkommission für die Annahme des Schiedspruches plädierte, um nicht gleich von vornherein die erst zu schaffende Instanz in Mißkredit zu bringen, nahm der Verbandstag eine Entschlieung an, in der es heißt:

„Das Schiedsgericht hat eine völlig unbegründete, in der Sache verkehrte und die in der Hamburger Resolution aufgestellten organisatorischen Rechtsgrundsätze mißachtende Entscheidung gefällig, die praktisch undurchführbar und in ihren Konsequenzen unhaltbar ist, da sie sich sowohl gegen die Berufs- wie auch gegen die Betriebsorganisation wendet und die Frage der Industrieorganisation unerörtert läßt.“

Die weder durch die bestehenden Betriebs- noch Berufsverhältnisse bedingte Entscheidung des Schiedsgerichts muß deshalb als eine sich ausschließlich gegen den Deutschen Transportarbeiterverband richtende Verlegenheitsentscheidung bezichnet werden, die um so bedeutlicher ist, als gegen diese Entscheidung jede Einspruchsmöglichkeit genommen sein soll.

Dieses den Parteien gegenüber unbegründet gebliebene Urteil geht von organisatorischen Grundsätzen aus, die bisher noch keine Geltung in der

deutschen Gewerkschaftsbewegung hatten. Deshalb trägt es nicht nur das Merkmal einer Regenerativkraft unseres Verbandes, sondern auch der unstrittigen Verbandsmittelglieder.

Die Delegierten richten an den im Jahre 1914 in München tagenden Gewerkschaftskongress die Anforderung zu erklären, ob die von Gewerkschaftskongressen aufgestellten organisatorischen Grundzüge auch für schiedsgerichtliche Entscheidungen dieser Art maßgebend und bindend sind.

Ferner halten es die Delegierten für abfolgt erforderlich, daß für derartige schiedsgerichtliche Entscheidungen ein Berufungsverfahren gesichert wird.

Bisher wurden Staffelfeiträge in der Höhe von 25, 40, 45 und 50 Pfg. erhoben. Beschlossen wurde, die Beiträge auf 30, 45, 60 und 75 Pfg. zu erhöhen, und zwar nach dem Verdienst mit der Maßgabe, daß Mitglieder mit einem Wochenverdienst über 30 Mk. in die höchste Klasse steuern müssen.

Soziales.

Das private Versicherungsweisen ist ein glänzendes Geschäft — für die Aktionäre. Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ machte im Jahre 1913 wieder sehr gute Geschäfte. Sie erzielte aus ihrem Gesamtgeschäft einen Ueberschuß von 39 519 451 Mk. und zahlt ihren Aktionären eine Dividende von 170 pro Mille, für welche nur 600 Mk. einbezahlt sind. Der Ueberschuß bei der großen Lebensversicherung betrug 19 394 726 Mk., bei der kleinen (Volksversicherung) 16 988 336 Mk. Die Agenturprovisionen betragen bei der Volksversicherung 13 442 415 Mk., die Verwaltungskosten und Steuern 5 156 400 Mk. Im ganzen betragen die Einnahmen bei diesem einen Zweig des Geschäfts allem 479 223 831 Mk., woran am besten die kolossale finanzielle Bedeutung und Wirkung solcher Anhalten zu erkennen ist. Daß die Aktionäre und Aufsichtsräte in diesem Jahre sich mit den Erträgen der übrigen Zweige für ihre Anteile begnügen müssen und aus dem Ueberschuß der Volksversicherung Anteile nicht bezahlt werden, ist eine der erfreulichsten Folgen der Gründung der „Vollfürsorge“, die beweist, daß sich auch die Privatgesellschaften den berechtigten Reformen nicht entziehen können.

Hausauschüsse für Hausarbeit. Das soeben herausgegebene Reichsgesetzblatt 1036 enthält Bestimmungen des Bundesrats über Hausauschüsse für Hausarbeit. Die 34 Paragraphen umfassende Verordnung enthält lediglich einen Mahnen für die Errichtung von Hausauschüssen. § 1 Absatz 1 stellt als Regel auf: „Hausauschüsse werden in der Regel für einzelne Gewerbebezüge oder für Teile von Gewerbebezügen errichtet.“ Zu Vertretern der Hausarbeiter sowie zu Stellvertretern für sie dürfen nur mindestens 20 Jahre alte deutsche Personen gewählt werden, die mindestens ein Jahr hindurch als Hausarbeiter, als Hausgewerbetreibende oder als gewerbliche Arbeiter denjenigen Gewerbebezügen oder Teilen von Gewerbebezügen, für welche der Hausauschuß oder die Abteilung errichtet ist, im Hauptberuf angehören oder angehört haben. Die Wahl erfolgt auf vier Jahre.

Korrespondenzen.

Bera. (E. 18. 6.) „25 Jahre Sattler-Organisation.“ Ueber dieses Thema referierte Kollege Berger aus Leipzig in einer sehr gut besuchten Versammlung. Nachdem Kollege Fiedler den Kartellbericht enthielt und der Vorsitzende einige eingegangene Schriften zum Abonnement empfohlen hatte, erläuterte Kollege Berger den Kollegen die Entwicklung der Gewerkschaften von ihren Anfängen bis zum heutigen Stande. Auch unsere Organisation ist trotz aller Schwierigkeiten, welche sie am Anfang ihrer Gründung zu bestehen hatte, zu einem Machtfaktor im heutigen Wirtschaftsleben geworden. Mit Stolz können wir auf die 25 Jahre Kulturarbeit zurückblicken. Kollege Berger fand dankbare Zuhörer für seinen Vortrag, und wurde ihm am Schlusse reichlicher Beifall gespendet. In der Diskussion appellierte der Vorsitzende an die jüngeren Kollegen, es den alten Kollegen nachzutun, welche früher aus reinem Idealismus manches Opfer gebracht haben. Im letzten Punkt: örtliche Angelegenheit, fand eine lebhafteste Aussprache statt, aus welcher wir ersehen, daß es hier noch manches Stückes Arbeit bedarf. Die Kollegen versprachen, für den Verband zu wirken, damit es auch hier vorwärts gehe.

Königsberg. (E. 18. 8.) In der Mitgliederversammlung am 9. Juni referierte Kollege Dietrich über das 25jährige Bestehen des Sattlerverbandes. Der Referent erläuterte den Kollegen die Entstehung des Verbandes und wies auch auf die Schwierigkeiten hin, mit welchem verschiedenen Orte; hauptsächlich Königsberg, zu kämpfen haben. Seit der verlorengegangenen Bewegung von 1908 ist es uns zwar gelungen, die Löhne etwas zu steigern, aber es ist uns nicht gelungen, die Löhne tariflich festzulegen. Der Referent schloß mit den Worten unseres verstorbenen

Stollegen Auer: „Nur berechtigt zum Leben ist der, der den Kampf um Leben wagt.“ Des weiteren nahm die Versammlung Stellung zur Verlegung unseres Vereinslokals. Kant Kartellbeschuß sind wir wohl moralisch verpflichtet, unser Vereinslokal nach dem neu erbauten Gewerkschaftshaus zu verlegen. Da der Preis aber zu hoch ist, wurde folgender Antrag angenommen: Der Vorstand möge sich mit dem Gewerkschaftslokal in Verbindung setzen und erfragen, was das Vereinszimmer amsofort oder zu einem niedrigen Preis abzugeben.

Leipzig. (E. 18. 6.) Ueber die Bedeutung der kommenden Handelsverträge referierte in der Versammlung vom 12. Juni er. Redakteur Wolf. Er schilderte an der Hand reichen Materials, welche großen Interesse die Arbeiterwelt, insbesondere auch unsere Kollegen an der Festsetzung der Handelsverträge haben. Sind doch schon jetzt die vom Ausland bezogenen Lebensmittel, wie Getreide, Fleisch usw. mit einem hohen Zoll belegt. Die deutschen Großgrundbesitzer versuchen nunmehr bei den kommenden Handelsverträgen auch noch die Zollfreien Erzeugnisse wie Obst, Gemüse, Milchprodukte durch Zoll zu sperren, um die einheimischen Erzeugnisse im Preis hochzuschrauben, und so die Massen noch mehr ausbeuten zu können. Die Folge wird sein, daß vom Ausland mit einem Zollkrieg gedroht wird und die deutschen Industrieprodukte vom Ausland gesperrt werden.

Vermehrte Arbeitslosigkeit, Not und Elend für den Arbeiter würde die Folge dieser Maßnahmen sein. Wegen jeder Verschlechterung der Handelsverträge muß die deutsche Arbeiterwelt energisch protestieren.

In der anschließenden Diskussion bemerkte Kollege Fuchs, daß auch die Leipziger Kollegen an einer Bessergestaltung interessiert sind, da verschiedene Leipziger Firmen exportieren und sich schon seit einigen Jahren die Folgen des Zolltarifs bemerkbar machen.

Chemnitz. Die am 20. Juni stattgefundene Monatsversammlung wäre eines besseren Besuchs würdig gewesen, standen doch Punkte auf der Tagesordnung, welche die Kollegen besonders interessieren mußten. Dem Verein zur Bekämpfung der Schwindjucht wurde bereitwillig ein Nachtrag bewilligt, weil diese Krankheit in unserem Bezugs sehr stark verbreitet ist und die Kollegen von den wohlthätigen Einrichtungen des Vereins viel Vorteil haben. Für die Wahlen zum Oberverwaltungsamt wurde auch einer von unseren Kollegen aufgestellt. Der langjährige Kassierer Kollege Zimmermann hat seinen Posten niedergelegt; da dieses aus Verärgerung über verschiedene Vorkommnisse geschieht, so wurde eine Kommission gewählt, die versuchen sollte, die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken. Des weiteren stand der Arbeitsnachweis auf der Tagesordnung. Es wurde auf das vollständige Mißlingen des Anknüpfungswesens hingewiesen und die Kollegen verpflichtet, bei Arbeitslosigkeit nur unseren Nachweis zu benutzen. Zum Schluß wurde noch auf das am 2. August stattfindende Sommerfest hingewiesen und gewünscht, daß sich die Kollegen daran vollzählig beteiligen, denn auch in den Kampfsorganisationen muß die Geselligkeit gepflegt werden, da durch diese wiederum die Einigkeit im Kampf gestärkt wird.

Stettin. (24. 6.) „25 Jahre Sattlerorganisation“ lautete das Thema, über welches Kollege Niedel-Berlin in unserer Versammlung am 20. Juni referierte. Redner streift die Entwicklung des Gewerbes aus dem reinen handwerksmäßigen zu dem ausgesprochenen Industriebetrieb. Während die Gesellen in dem ersteren noch in patriarchalischen Verhältnissen mit den Meistern lebten und in Junftbrüderchaften organisiert waren, machten sich in den Anfängen der Industrialisierung Bedürfnisse nach anderen Organisationsformen bemerkbar. Die Aussicht der Gesellen, über kurz oder lang auch selbständige Meister zu werden, wurde immer geringer und sie mußten darauf bedacht sein, soviel durch ihre Arbeit zu erwerben, daß eine Familie davon leben kann. Es entstanden Vereinigungen der Gesellen, welche auch schon den Zweck verfolgten, bessere Ertragsbedingungen von den Unternehmern zu erlangen. Vor 25 Jahren entstand dann unsere jetzige Organisation, die aus den bescheidensten Anfängen sich zu einem nicht zu unterschätzenden Faktor entwickelt hat.

Mit der aufsteigenden Entwicklung sind auch die Anforderungen an die Organisation andere geworden. Während im Anfang mit niedrigsten Beiträgen sehr häufig Lohnkämpfe mit Erfolg geführt werden konnten, da die Kollegen aus reinem Idealismus kämpften, ist jetzt an dessen Stelle mehr der Materialismus getreten. Die Organisation hat dieser Wandlung Rechnung getragen und mancherlei Unterstützungen eingerichtet, welche andererseits aber höhere Beiträge von den Mitgliedern erforderten. Die höheren Beiträge rechtfertigen sich auch durch die veränderten Kampfmethoden, welche es zur Notwendigkeit machen, einen ausreichenden Kampffonds anzusammeln. An einzelnen Beispielen zeigte

Redner die Möglichkeit, wie die organisierten Unternehmer den Arbeiterorganisationen entgegen treten könnten. Der Sattler- und Portefeuilierverband habe auch nach dieser Richtung seine Vorsege getroffen, so daß wir nach dieser Richtung hin gerüstet sind. Die ersten 25 Jahre habe der Verband zum Segen der Mitglieder wirken können, daß dieses in Zukunft noch in erweiterter Weise geschehen kann, dafür mögen die Kollegen mitwirken und nicht eher ruhen, bis auch der letzte Mann dem Verband zugeführt sei. Die Ausführungen fanden gute Aufnahme, was durch lebhaften Beifall bewiesen wurde. Die Diskussion war schwach. Unter Vorsitzendem wurde von dem Vorsitzenden folgender Antrag beschlossen: Der Zentralvorstand solle für die Einzelmitglieder im Agitationsgebiet der Verwaltungsstelle Stettin den Beitrag für weibliche Mitglieder zulassen. Nach kurzer Debatte wurde derselbe einstimmig angenommen. Es wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Troßdem zu der Versammlung Handzettel an die Mitglieder sowie an die Nichtorganisierten verteilt waren, fehlten von ersteren sehr viele, während von letzteren nicht ein einziger erschienen war. Wann werden wohl die Kollegen zu besserer Einsicht kommen?

Wörth. (E. 25. 6.) In unserer am 13. Juni im „Goldenen Acrez“ stattgefundenen Mitgliederversammlung gedachte der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung des verstorbenen Kollegen Raube, wozu sich die Kollegen zu Ehren des Verstorbenen von den Pläken erhoben. Nach Erledigung des Kartellberichts, welcher als erster Punkt auf der Tagesordnung stand, hielt Kollege Eisner aus Dresden seinen Vortrag über: „Der Wert der Tarifverträge.“ Redner verstand es, den Versammelten, an Hand von Beispielen, den Wert und Nutzen der Tarifverträge vor Augen zu führen, wofür ihm am Schluß seiner Ausführungen reichlicher Beifall zuteil wurde. Unter „Verschiedenes“ verlas der Vorsitzende ein Schreiben, in welchem vor Zugang nach Straßburg und Stuttgart gemeldet wird. Ferner wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

Anmerkung: Zu wünschen wäre es, daß in Zukunft die Versammlungen besser besucht würden, zumal diejenigen, in welchen ein Vortrag gehalten wird, damit der Referent nicht mehr, wie es diesmal der Fall war, vor einer so schlecht besuchten Versammlung sprechen muß.

Nürnberg. (E. 25. 6.) Am Samstag, den 20. Juni, tagte hier eine öffentliche Sattler- und Portefeuilier-Versammlung, in welcher unser Zentralvorsitzender Peter Plum aus Berlin über das Thema: „25 Jahre Kulturarbeit innerhalb unserer Organisation“ referierte. Eingangs seines Referats betonte der Redner, daß, weil alles Jubiläum feiert, wir auch nicht zurücksehen und auch unsererseits der Stunde gedenken wollen, da der Grundstein zu unserer heutigen Zentralorganisation gelegt wurde. Eine machtvolle, wenn auch nicht nach Hunderttausenden von Mitgliedern zählende Organisation ist aus dem kleinen Häuflein vor 25 Jahren hervorgegangen und mit Stolz können wir auf die Erfolge und Errungenschaften des Verbandes zurückblicken. Was die Filiale Nürnberg anbetrifft, so bemerkte es hier noch drei Jahre nach Gründung der Zentralorganisation, bis eine Zahlstelle ins Leben trat. Redner bezeichnete dies fast als ein Axiom, nachdem doch gerade Nürnberg als eine Stadt bekannt ist, welche schon vor 300—400 Jahren eine Arbeiterschaft in seinen Mauern hatte, die mit Geduld und Energie ihre Interessen verfocht und wo auch die Sattlerwelt jederzeit ihren Mann stellten. Erst im Jahre 1892, am 6. August, kam es zur Gründung einer Zahlstelle. In der „Restaurierung zur Tischplatte“, in der hinteren Ledergasse, war es, wo nach einem Referat des Kollegen Denzler aus Paderborn die Gründung zustande kam. Von 30 anwesenden Kollegen traten 20 sofort bei und legten den Grund zur heutigen Zahlstelle. Mit vieler Mühe und schweren Opfern hat man seit 25 Jahren an dem Gebäude der Organisation gebaut, und gar so manches, was unsere jüngeren Kollegen so als selbstverständlich hinhinnehmen, konnte nur in hohem Kampfe errungen werden. Aus diesem Grunde erwächst auch den jungen Kollegen die Pflicht, sich mehr für die Organisation zu interessieren. Nicht auf dem Sportplatz werden Verbesserungen der Lebenslage errungen; dies kann nur innerhalb unserer Mitgliedschaft geschehen, und dazu brauchen wir ganze Kollegen. Der vernünftige Sport kommt deswegen auch noch zu seinem Recht. Reicher Beifall lobte den Redner für seine 1 1/2 stündigen Ausführungen. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Vogelhuber, Schraun, Neubauer und Böhm. Weder war die Versammlung nicht so gut besucht, als dies hätte der Fall sein können. Ein großer Teil von Kollegen mußte jedenfalls auf die St.-Johannis-Kirche, weil sie sonst einen Tag eingebüßt hätten, und das wäre doch schlimm gewesen; denn dieses Fest dauert ja bloß bis Mittwoch, da darf kein Tag veräußert werden. Allen unseren jüngeren Kollegen rufen wir

aber zu: Kommt in Zukunft zahlreicher in die Versammlungen! Bedenkt, wie kurzzeit die Arbeitsgelegenheit ist, wie schlecht die Gehälter gehen! Es ist notwendig, daß Ihr Euch um diese Sache kümmert; denn Euer Interesse ist es, wie sich in Zukunft Euer Lebenslage gestaltet.

Rundschau.

Christliche Kampfmethode. In Nr. 12 der „Christlichen“ Lederarbeiterzeitung befindet sich eine Notiz aus Nachen, die sich besonders mit meiner Region befaßt. Es wird mir darin vorgeworfen, daß ich den „christlichen“ Nachenarbeitern in Nachen Streikbruch nachgesagt haben soll und der „christliche“ Bezirksleiter mir dieses zugestanden hat. Es ist dies eine ganz gemeine Verleumdung, die, wenn sie einen Zweck haben soll, dann nur den, die Nachener Kollegen, die eine Lohnbewegung vorbereiten, auseinander zu treiben. Der „Christlichen“ Lederarbeiterzeitung ist rechtzeitig eine Berichtigung eingefandt worden, und nehme ich an, daß sie so unabhängig sein wird, diese Berichtigung auch aufzunehmen.

ferner wird behauptet, ich habe gesagt, die „Christlichen“ sind gegen einen Tarifvertrag. Gewiß könnte man aus dem Verbalten der „Christen“ die Schlussfolgerungen ziehen. Gesagt habe ich aber, daß es im vorigen Jahre erst ziemlicher Auseinandersetzungen bedurfte, um die „Christen“ in Nachen zu überzeugen, daß in Nachen geradezu ein Tarifvertrag eine Notwendigkeit sei. Das wird auch der „christliche“ Bezirksleiter Joeres zugeben müssen, da er selbst in der letzten Sitzung, die am 12. August vorigen Jahres in Nachen, im Restaurant Dahmen, stattfand, anwesend war. Und die Heberritte, vom „christlichen“ Verband zu uns, sind auf das Verhalten der „Christen“ zurückzuführen.

Der Vorwurf, ich hätte das Dajenpapier ergriffen, weil ich nicht zu der von den „Christen“ einberufenen Versammlung in Dortmund erschienen bin, erweckt nur Heiterkeit. Sicher wäre ich erschienen, wenn man mir rechtzeitig Mitteilung gemacht und ich gewußt hätte, daß eine Leuchte anwesend ist, von der ausfindend auch die Nachener Notiz ausgeht. So erhielt ich jedoch erst die Einladung ohne Angabe von Zweck und Tagesordnung zu der am 16. Mai stattfindenden Versammlung am 13. Mai, und jeder vernünftige Mensch wird wissen, daß die Dispositionen eines Gewerkschaftsangeestellten meist für längere Zeit im voraus getroffen sind.

Dies teilte ich auch dem Einberufer der Versammlung mit dem Bemerkem mit, daß ich zu einer Versammlung bereit bin, vorher müßte jedoch eine Verständigung darüber herbeigeführt werden. Was jetzt ist noch nichts, in dieser Angelegenheit geschehen. Auf den Wunsch, der Sattlerverband hat in Nachen meistens nur Helfer als Mitglieder und sie, die „Christen“, hatten in Solingen einen besseren Tarif als wir abgeschlossen (bei wem denn?), wie er in der Dortmunder Versammlung verzapft worden ist, will ich hier nicht eingehen. An derartige Ausschneiderereien sind wir bereits gewöhnt.

Wie arm an Stoff wäre doch die „Christliche“ Presse, wenn nicht die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei wären, über die sie ständig ihre Schmuckstücke ausgießt.

A. Schneider.

Schaumachung des Zentralverbandes.

Für die Ortsgruppe Hannover beträgt der Wochenbeitrag ab 27. Woche für männliche Mitglieder 70 Pf. und für weibliche 40 Pf.

Die Mitglieder Johann Kattler, Buchnummer 21 688, und Max Wiber oder Wiber, Buchnummer 23 157, werden dringend ersucht, ihre Bücher an die Hauptkasse einzusenden.

Behufs Fertigstellung eines Adressenverzeichnis werden die Ortsverwaltungen dringend ersucht, sofort alle Adressenänderungen einzureichen.

Adressenänderungen.

Offen. K. B. Heinicke, Seeverstr. 20 11. Bremen. Ab 1. Juli ist der Arbeitsnachweis Sonntag geschlossen. R.U. Sonntag nachmittags 3-4 Uhr beim Kaiserstr. 6. Alberding, Wartburgstr. 13.

Versammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsangelegenheiten, die bis zum Redaktionsschluss bei uns einlaufen.) Nachen. Sonntag, den 12. Juli, vormittags 11 Uhr, bei Dahmen. Naun. Samstag, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Stadt Zittau“.

- Bodum, Samstag, den 11. Juli, abends 9 Uhr, bei Kreeß. Bonn. Samstag, den 11. Juli, abends 9 Uhr, „Deutscher Hof“. Brandenburg a. S. Mittwoch, den 8. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Volkshaus“. Chemnitz. Samstag, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Goethepark“, Zwickauer Straße. Dortmund. Samstag, den 11. Juli, abends 9 Uhr, bei Kantowstr. Elberfeld. Samstag, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Gewerkschaftshaus“. Essen. Samstag, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Eiffelturm“. Gelsenkirchen. Samstag, den 11. Juli, abends 9 Uhr, „Larenrecht“. Götting. Samstag, den 17. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Goldenen Kreuz“. Grünberg. Samstag, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Teuricher Kaiser“, Zimmer 7. Hameln. Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“. Hannover. Donnerstag, den 9. Juli, abends 8 Uhr, bei Plümel. Hildesheim. Samstag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Mische. Kassel. Freitag, den 10. Juli, abends 1/2 9 Uhr, bei Sommer im Graben. Königsberg. Dienstag, den 7. Juli, abends 1/2 9 Uhr, bei Schnee, Hindenburgstraße 44. Königshütte. Sonntag, den 5. Juli, nachmittags 4 Uhr, „Vereinshaus“, Wasserstr. 5. Konstanz. Samstag, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Ruffhäuser“. Köppern. Freitag, den 10. Juli, abends 6 Uhr. Landsberg. Samstag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, beim großen Daber. Leipzig. Freitag, den 10. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Volkshaus“. Mannheim. Samstag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, „Zur Vergiraffe“, S. 4. Mühlheim. Samstag, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Friedrichshöhe“. Stralund. Samstag, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Gewerkschaftshaus“. Straßburg. Samstag, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Vogelgefang“. Stuttgart. Samstag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“. Wismar. Samstag, den 11. Juli, abends 1/2 9 Uhr, „Arbeiterheim“.

ANZEIGEN

Verband der Sattler und Portefeuller. Verwaltungsstelle Berlin. Sonnabend, den 18. Juli 1914. Große nächtliche Promenaden-Fahrt per Dampfer mit Musik nach dem herrlich an Wald und Wasser gelegenen Wendenichloß bei Grünau. Dasselbst in 2 Sälen großer Sommernachtsball bei stark beleuchteter Orchester, sowie großes Land- und Wasserfeuerwerk. Billetts, gültig zur Hin- und Rückfahrt, inkl. Tanz 75 Pf. Abfahrt pünktlich abends 8 1/2 Uhr von der Anlegestelle der Firma Kahnt & Herber, Stralauer Brücke, an der Baijzen-Brücke. Billetts, welche bis Mittwoch, den 15. Juli, nicht zurückgegeben sind, gelten als verkauft und müssen unbedingt bezahlt werden. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Das Komitee.

Werkzeuge für Sattler und Portefeuller liefert in bester Qualität Georg Ditter, Offenbach a. M., Kleiner Biergrund 5. Telephon 1514. Preisliste gratis. Empfehle besonders meine Sicherheitsdruckzange P. H. G. M. Ein Anstreichen des Stoffes aus dem Rahmen ohne geleimt unmöglich. Zu jeder Tageszeit wird geschliffen. Schärfe in jeder Größe zu billigsten Preisen. Karl Eichhoff, Berlin SO. 16, Neanderstr. 18 Spezial-Geschäft für Sattler und Portefeuller empfiehlt seine Spezialartikel: Kleisterstärke, Buchbinder- und Lederleime, Lacke, Anilinfarben, Fischleim, Wienerpapp usw. Tüchtige Koffermacher in dauernde Stellung sofort gesucht. Breuer & Steinweg, Nürnberg.

Sterbetafel. Berlin. Am 22. Juni verstarb der Militär-Sattler Otto Schenk, 66 Jahre alt. Mühlheim-Nuhr. Am 24. Juni verstarb der Sattler Karl Dremba im Alter von 44 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63. Gegründet 1890. Preislisten S. P. gratis und franko.

Georg Wehnachts Bierhaus, Grünstr. 21. E. Weib-, Bayerisch-, Kulmbacher Bier. Zahlstelle der Zentral-Erwerbssache der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der Frauen „Volksklub“.

Nietklotz „Ideal“ Werkzeuge für Portefeuller und Buchbindereien. G. BRUCKLACHER Werkzeuge für Sattler und Tapezierer. Katalog No. 178. gratis und franko.